

Kennedy: 1962 brachte die Wende „Vorstellung von sowjetischer Unbesiegbarkeit widerlegt“

Deutsche Presseagentur/AP

Washington — „Das Jahr 1962 wird von den Historikern vielleicht einmal als das Jahr bezeichnet werden, in dem sich das Blatt der internationalen Politik zugunsten der freien Welt gewendet hat.“ Diese Feststellung trifft Präsident Kennedy im Vorwort zu dem veröffentlichten Band 1963 der „öffentlichen Dokumente des Präsidenten der Vereinigten Staaten“.

Kennedy wies darauf hin, daß die Sowjetunion nach dem Start des ersten Sputniks im Jahr 1957 ihren Druck auf die nichtkommunistische Welt verstärkte. Die sowjetischen Weltraumerfolge seien als Beweis dafür angeführt worden, daß der Kommunismus den Schlüssel zur wissenschaftlichen und technischen Zukunft besitze. Viele Menschen hätten geglaubt, daß der Kommunismus die unabwendbare Bestimmung der Menschheit sei.

Das Jahr 1962 habe dieser Entwicklung Einhalt geboten. Nichts sei mehr dazu angetan gewesen, die Vorstellung von der kommunistischen Unbesiegbarkeit zu widerlegen, als die amerikanische Antwort auf die sowjetische Provokation in Kuba. Die Verbindung von Festigkeit mit Zurückhaltung habe der Welt bei der größten Bedrohung des Weltfriedens seit 1939 die Stärke des amerikanischen Willens gezeigt.

Obwohl noch immer gefährliche Probleme, wie Laos und

Vietnam, nicht gelöst waren, sei es doch Ende 1962 offensichtlich gewesen, daß die Nach-Sputnik-

Offensive der Sowjets zum Stillstand gebracht worden war. Trotz dieser Erfolge müßten aber gewisse Ziele der Vereinigten Staaten, besonders „der Friede in der Welt, ein beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und die Gleichheit der Möglichkeiten in den USA“ weiterverfolgt werden.

Harriman: Keine Vereinbarung mit den Sowjets ohne die Alliierten

„Guten Willens nach Moskau“ — Wilson für britische
Schiedsrichterrolle

Deutsche Presseagentur/AP/UPI

Washington — „Wir gehen guten Willens und in der Hoffnung, daß wir einige positive Ergebnisse erreichen werden, nach Moskau“, erklärte der amerikanische Chefdelegierte bei den Dreiergesprächen über eine Einstellung der Kernwaffenversuche, Harriman, vor seinem Abflug in Washington. Es gebe Anzeichen dafür, daß der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow zumindest an einem teilweisen Atomstopp interessiert sei. Ob die Moskauer Besprechungen zu einem Gipfeltreffen führen würden, sei noch nicht abzusehen.

Harriman wies auf den Unterschied zwischen den geplanten „Verhandlungen“ über ein Atomtestverbot und „Gesprächen“ über andere Fragen hin, die von den Sowjets möglicherweise aufgerollt würden. Das gelte vor allem für einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Warschauer-Pakt-Staaten.

„Wir werden bestimmt keinerlei Vereinbarungen mit den Sowjets treffen, bevor wir unsere Alliierten konsultiert haben“, betonte der amerikanische Delegationsführer. Er habe Vollmacht, über jedes von den Sowjets gewünschte Thema zu sprechen, werde von sich aus jedoch nur die Laos-Frage zur Sprache bringen. Innerhalb einer Woche nach Beginn der Konferenz werde man wissen, ob Übereinkommen möglich seien.

In Washington informierte Außenminister Rusk kürzlich den französischen Botschafter Alphand über die bevorstehenden Besprechungen. Alphand wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die USA und Großbritannien nach Ansicht Frankreichs nicht über einen Nichtangriffspakt der NATO mit dem Ostblock verhandeln könnten.

Regelmäßige Gipfeltreffen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion zur Lösung schwebender politischer Fragen forderte der Führer der britischen Labour Party, Wilson. Er deutete an, daß Großbritannien in den Beziehungen zwischen Ost und West eine Art Schiedsrichterrolle spielen könnte. Gleichzeitig warnte er die Westmächte erneut, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten.

1 Million Neubauwohnungen

Seit der Währungsreform bis Ende Mai 1963 wurden von den privaten Bausparkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin mehr als eine Million Neubauwohnungen finanziert. Davon entfallen rund 580 000 auf Wohnungen in Eigenheimen sowie auf Eigentumswohnungen. Nach Angaben des Bauspar-Presseendienstes ist der Anteil dieser Wohnungen an der Gesamtzahl der mitfinanzierten Wohnungen auf 65 Prozent gestiegen.

Verbraucher vergessen das Sparen nicht

Das Volkseinkommen ist 1962 auf 260 Milliarden gestiegen
Konsumgewohnheiten ändern sich

rd Berlin. Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik ist auch 1962 wieder kräftig gestiegen. Mit einem Zuwachs von rund 19,4 (21) Mrd. erreichte es die Höhe von 260,2 Mrd. DM. Diese Zahlen teilt der seit sechs Jahren jetzt in der 12. Auflage herausgegebene Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums „Leistung in Zahlen“ mit.

Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit hatten an dem gesamten Volkseinkommen einen Anteil von 165,9 (150) Mrd., die aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einen Anteil von 94,3 (90,7) Mrd. DM. Die starke Zunahme ist laut „Leistung in Zahlen“ zunächst eine Folge der Lohn- und Gehaltserhöhungen im vergangenen Jahr. Hinzu kommt noch, daß die Zahl der am Erwerbsleben beteiligten Personen um rund 0,3 Mill. auf etwa 26 Mill. gestiegen ist. Diese Erhöhung kommt auch deutlich in dem Zuwachs der Brutto-Lohn- und -Gehalts-summe je beschäftigten Arbeitnehmer um 49 DM monatlich auf 607 DM zum Ausdruck. Auch der durchschnittliche Wochenverdienst der männlichen Industriearbeiter kletterte um 16,56 auf 160,31 DM.

Zieht man Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge vom Volkseinkommen ab, so bleibt ein Betrag von 211 Mrd., der den privaten Haushalten 1962 zur Verfügung stand. Diese Summe betrug 1950 rund 64 Milliarden. Bis 1962 hat sie sich also um etwa 227 % erhöht. Die monatlichen Gesamtausgaben eines Vier-Personen-Haushaltes der mittleren Verbrauchergruppe stiegen von 671 DM im Durchschnitt des Jahres 1961 um 68 DM auf 739 DM im Durchschnitt des Jahres 1962. In der gleichen Zeit erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung dieser Haushalte um 4,3 Punkte auf 127,9 Punkte.

Die zunehmenden Ausgaben für die Lebenshaltung sind nur zu einem geringen Teil auf die Preissteigerungen, vielmehr vornehmlich auf eine anhaltende Änderung der Verbrauchsgewohnheiten zurückzuführen. Insbesondere bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln hält die Tendenz zum zunehmenden Verbrauch hochwertiger Nahrungs-

mittel und die Verminderung des Konsums einfacher Nahrungsmittel weiter an. Auch der Absatz langlebiger Verbrauchsgüter weist nach wie vor einen steigenden Trend auf. Das gleiche gilt für die Ausgaben für Bildung sowie für die Aufwendungen für Urlaubsreisen.

Trotz des stetig zunehmenden Verbrauchs verläuft die Kurve der privaten Spartätigkeit weiter steil nach oben. Allein im 1. Quartal 1963 haben sich die privaten Spareinlagen bei allen Bankengruppen um 3,129 Mrd.

auf 65,450 Mrd. DM erhöht. Je Kopf der Bevölkerung entspricht dies einer Sparzunahme von 50 DM oder einer Spareinlage von 1139 DM.

Im Jahre 1950 belief sich die gesamte laufende Ersparnis der Volkswirtschaft in der Bundesrepublik auf rund 12 Mrd. DM. Davon entfielen auf die privaten Haushalte 2 Mrd. oder 16,3 %, auf Unternehmen 5,1 Mrd. (43%) und auf die öffentlichen Haushalte 4,9 Mrd. (40,7 %). Bis 1962 hat sich dieses Bild sehr gewandelt. Die Gesamtersparnis im vergangenen Jahr betrug 53,9 Mrd. Daran hatten die privaten Haushalte einen Anteil von 29,6 %. Rund 33 % entfallen auf die Unternehmen. Mit 37,5 % hält die öffentliche Hand die Spitze.

Chruschtschow war heimlich in Bukarest Rumänien blieb unnachgiebig — Kurswechsel im Krenl ?

Deutsche Presseagentur / A P / U P I

Moskau — Das Dunkel um den vermuteten Blitzbesuch Chruschtschows in Rumänien lichtet sich. Aus zuverlässigen Quellen war jetzt zu erfahren, daß der sowjetische Regierungschef am 25. und 26. Juni, also kurz vor seiner Berlin-Reise, heimlich mit dem rumänischen KP-Chef, Gheorghiu-Dej, zusammengetroffen ist.

Dieses Treffen dürfte das Fernbleiben des rumänischen KP-Chefs von den Geburtstagsfeierlichkeiten um Ulbricht erklären. Für die Begegnung zwischen den Parteichefs der Sowjetunion und Rumäniens gab es zwei wichtige Anlässe:

● Rumäniens Alleingang bei der Veröffentlichung prochinesischen Materials in der Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau.

● Meinungsverschiedenheiten über Wirtschaftsfragen im Ostblock.

Die rumänische Regierung hat inzwischen mit Rotchina ein Kulturabkommen unterzeichnet. Für einen Kurswechsel Rumäniens spricht auch, daß eine rumänische Sportmannschaft an Wettspielen in dem von allen übrigen Satelliten Moskaus peinlich gemiedenen Albanien teilnimmt.

Über die möglichen Auswirkungen des Konflikts zwischen Peking und Moskau gehen die westlichen Ansichten erheblich auseinander. Ein Teil der Beobachter in Moskau vertritt die Auffassung, daß selbst ein formaler Bruch zwischen der UdSSR und Rotchina keine Änderung in der sowjetischen Politik gegenüber dem Westen bringen werde. Seit Jahren seien die Beziehungen der feindlichen roten Brüder äußerst kühl gewesen, ohne daß sich die Haltung des Kremis geändert hätte.

Demgegenüber will die „New York Times“ wissen, Chruschtschow rechne nicht mit einer Vörsöhnung mit Peking. Er habe sich daraufhin entschlossen, in irgendeiner Form die Verständigung mit den USA zu suchen. Westliche Diplomaten in der sowjetischen Hauptstadt

(Fortsetzung auf Seite 4)



SPORTLICHE ELEGANZ: So soll die Kleidung für die Angehörigen der gesamtdeutschen Olympiamannschaft 1964 für Innsbruck und Tokio aussehen.

Konsequente Haltung Bonns

Unangemessene Forderungen Jugoslawiens abgelehnt

dpa / AP / UPI

München — Die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen, die Mitte Juni dieses Jahres in Belgrad begannen und seit dem 23. Juni in München fortgesetzt wurden, gelten als vorerst gescheitert.

Anlaß für das Scheitern der Verhandlungen war die Forderung Jugoslawiens, die Handelsfragen und die jugoslawischen Wiedergutmachungsansprüche miteinander zu verknüpfen. Die Bundesregierung lehnte die jugoslawischen Wiedergutmachungsansprüche, die sich in der Höhe von etwa einer Milliarde DM bewegten, ab, weil Belgrad durch die Anerkennung Pankows die Rechtsnachfolge der Bundesrepublik bestritten habe.

Bei allen Wiedergutmachungsleistungen ist die Bundesregierung immer davon ausgegangen, daß sie sich als legitimer Sprecher des deutschen Volkes und als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches betrachte.

Das Auswärtige Amt in Bonn betonte, daß die Bundesregierung bereit gewesen sei, den Warenverkehr mit Jugoslawien zu erweitern und auch beträchtliche Bürgschaften zu übernehmen. Darüber hinaus wollte sie ihre Zahlungen für die jugoslawischen Opfer von Menschenversuchen in den KZs der NS-Zeit um mehrere Millionen Mark aufstocken.

In politischen Kreisen Bonns wurde die Haltung der Bundesregierung begrüßt. Man verwies darauf, daß Belgrad trotz Ver-

handlungen mit Pankow keine Mark Wiedergutmachung aus der Zone erhalten habe. Obwohl von Bonn hohe Millionenbeträge bezahlt worden seien, habe Belgrad die Zone anerkannt und kaum eine Gelegenheit ungenutzt gelassen, gegen die Bundesrepublik zu agitieren.



Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin-Tempelhof, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richtofen-Straße 2

Die Experten entschieden sich

Der Ärmelkanal-Tunnel wird bald Wirklichkeit

Von unserem Korrespondenten K. Kornicker

Paris — Wie steht es mit dem Projekt einer festen Verbindung — Tunnel oder Brücke — zwischen dem europäischen Kontinent und Großbritannien? Seit mehr als 150 Jahren spricht man davon. Schon 1802 präsentierte ein französischer Ingenieur namens Mathieu Napoleon einen Plan für den Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal, der zwischen Dover und Calais durch die dort auf dem Meeresgrund befindlichen Kreidefelsen gebohrt werden sollte.

1803 war es ein Engländer namens Mottray, der sich für den Bau eines Röhrentunnels einsetzte. Seither sind zahlreiche geologische Untersuchungen angestellt und Projekte der verschiedensten Art gemacht worden, deren Verwirklichung jedoch in erster Linie an den Bedenken der englischen Regierung scheiterte, die dagegen vor allem strategische Gründe ins Feld führte.

Diese Situation änderte sich erst 1955, als der damalige britische Verteidigungsminister Macmillan von der Tribüne des Unterhauses erklärte, die Regierung seiner Majestät sehe jetzt „praktisch keinen Grund mehr, sich der Anlage einer Festverbindung zwischen Großbritannien und dem Festland aus strategischen oder anderen Gründen zu widersetzen“.

Verschiedene Studiengruppen machten sich sowohl auf britischer wie auf französischer Seite an die Arbeit. Aber erst im November 1961 kam es zu einem Regierungsabkommen zwischen London und Paris zur Einsetzung einer gemischten anglo-französischen Experten-Kommission, die damit beauftragt wurde, die vorliegenden Pro-

jekte in technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht zu prüfen und den Regierungen darüber einen Rapport vorzulegen. Diese Kommission hat ihre Arbeiten nahezu beendet.

Sie wird, wie verlautet, ihren Bericht noch vor Ablauf dieses Monats den beiden Regierungen zuleiten, die diesen dann vor einer endgültigen Entscheidung noch den zuständigen, an der Verwirklichung dieses Planes unmittelbar interessierten Ministerien unterbreiten werden. Eine Entscheidung auf Regierungsebene könnte noch vor Ende dieses Jahres erfolgen.

Die von den Regierungen eingesetzte Experten-Kommission, der hohe Beamte und Sachverständige aus beiden Ländern angehören, hat sich, wie dieser Tage bekannt wurde, nach langen und reiflichen Überlegungen zugunsten eines Tunnelbaus unter dem Ärmelkanal zwischen Dover und Calais und gegen die verschiedenen Projekte entschieden, die einem Brückenbau den Vorzug gaben.

Sie führen dafür vor allem zwei Argumente ins Feld: Der Bau eines zweigleisigen Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal, der in beiden Richtungen Personen, Güter und Kraftwagen befördern soll, würde nur die Hälfte eines bei weitem komplizierteren Brückenbaus kosten, und zwar nach dem heutigen Stand der Dinge etwa 1,5 Milliarden neuer Franken, was etwa 1,25 Milliarden DM entspricht.

Der jetzt projektierte Eisenbahntunnel, dessen Bau etwa vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen dürfte, soll eine Gesamtlänge von 52 km haben, von denen allerdings nur 37 km unter dem Meeresgrund verlaufen würden. Der Tunnel unter dem Ärmelkanal würde nach den an-

gestellten Berechnungen völlig ausreichen, um den Verkehr zwischen Frankreich und Großbritannien auf lange Sicht zu bewältigen. Die Durchfahrtskapazität würde außer dem normalen Eisenbahnverkehr in beiden Richtungen zu Beginn je 1300 Automobile pro Stunde betragen. Sie könnte im Bedarfsfall auf 6000 Wagen gesteigert werden. Die Durchfahrt würde etwa 45 Minuten betragen. Jeder Zug könnte etwa 300 Autos befördern.

Auch Sowjetoldaten über die Zonengrenze geflüchtet

Eigener Bericht

KH Berlin — Mindestens zehn sowjetische Soldaten und Offiziere sind seit Errichtung der Schandmauer nach West-Berlin und in die Bundesrepublik geflüchtet. Die genaue Zahl dieser Flüchtlinge wird von den zuständigen westlichen Dienststellen geheimgehalten.

Informationen über die Flucht sowjetischer Militärangehöriger seit dem 13. August 1961 sind in den letzten Tagen aus Kreisen von Ostblockdiplomaten im Sowjetsektor bekanntgeworden. In diesem Jahr flüchteten bisher drei Angehörige der in der Zone stationierten Militäreinheiten. Mitte 1962 soll auch ein Hauptmann des sowjetischen Geheimdienstes übergelaufen sein.

Unter den Flüchtlingen befinden sich auch sowjetische Soldaten, die hinter der Zonengrenze nach Berlin und der Bundesrepublik als ständige Patrouillen eingesetzt waren. Sie gelangten auf Grund genauer Ortskenntnisse ungehindert durch Stacheldraht und Minenfelder.

Toilkühne Flucht

Betroffenes Schweigen herrscht bisher in Warschau über die sensationelle Flucht des polnischen Majors Obacz und seiner Familie nach West-Berlin. Es wurde lediglich erklärt, das Verteidigungsministerium prüfe zur Zeit die näheren Umstände der Flucht. Es war die erste geglückte Flucht mit einem Flugzeug nach West-Berlin. Sie fand bereits Stunden später in der westlichen Welt ein gewaltiges Echo. Und dabei liegt Rederitz bei Schneidemühl fast 210 km von Berlin entfernt, ein schier endloser Fluchtweg.

Chruschtschow war heimlich in Bukarest

(Fortsetzung von Seite 2)

sollen darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Außenpolitik des Kremls wahrscheinlich eine neue Periode der Beweglichkeit einleiten werde.

Die Londoner „Diplomatische Korrespondenz“ glaubt nicht an eine grundsätzliche Änderung der sowjetischen Außenpolitik. Sie hält es jedoch für möglich, daß Chruschtschow das Gespräch mit dem Westen fortsetzen möchte.